

Naoto Kan: Als Premierminister während der Fukushima Krise

München: Iudicium, 2015. 165 S.,
14,80 EUR

Eine Warnung: Dieses Buch ist gefährlich. Trotz gelegentlicher Wiederholungen ist es so spannend, dass man es, einmal angefangen, nicht mehr aus der Hand legen kann und alles andere liegen lässt. Wir kennen bereits viele bewegende Erfahrungsberichte von Betroffenen (u.a. auch bei Iudicium veröffentlicht) und jede Menge akademischer und polemischer Kritik der japanischen Atompolitik. Aber dies ist zum ersten Mal der authentische Blick hinter die Kulissen des japanischen Machtapparats, der erklärt, warum die ersten Reaktionen so zögerlich, die Informationspolitik so furchtbar waren und dennoch der ultimative GAU knapp verhindert werden konnte. So wurde Kan, dessen politische Karriere so ziemlich vorbei ist, doch zu einem Helden wider Willen. Frank Rövekamp ist zu danken, diesen technisch schwierigen und politisch heiklen Text in sehr lesbare deutsche Prosa übertragen zu haben – die erste Übersetzung des Buches überhaupt. Gut, dass es noch Professoren gibt, die wichtige Dinge machen, die von Evaluierungskommissionen vielleicht nicht immer genügend geschätzt werden!

Dass Kan seinen Rechenschaftsbericht über seine dramatische Zeit als oberster Krisenmanager bei der Fukushima-Havarie vorlegt, ist ungewöhnlich für einen japanischen Premier. Aber er war auch kein gewöhnlicher Politiker, der in einen politischen Klan geboren einen Wahlkreis erbt, sondern konnte sich, einer Bürgerbewegung und einer linken Kleinpartei (Shaminren) entstammend, in 40 Jahren Parlamentsarbeit zum Kurzzeit-Premier (Juni 2010–September 2011) hocharbeiten.

Seine Rolle war nicht unumstritten. Kan wurde seinerzeit vorgeworfen, sich zu stark in Einzelentscheidungen eingemischt und damit Rettungsmaßnahmen verzögert und

verkompliziert zu haben. Oder: Er brüllte unfähige Beamte und TEPCO Manager an – mit dem jedem Gaijin-Manager bekannten Ergebnis, dass die Opfer wegen Gesichtsverlustes unter Schockstarre gerieten, verlogene Ausflüchte stammelten, bockig, unkooperativ und letztlich nutzlos wurden. Das japanische System funktioniert bekanntlich wunderbar für alle minutiös geplanten und vorhergesehenen Abläufe. Für Unvorhergesehenes, wenn energisches Improvisieren gefragt ist, läuft es völlig aus dem Gleis. Und für einen AKW-Maximalstörfall war bewusst nichts vorgesehen worden, denn es durfte ihn nicht geben. Und wie Kan richtig schreibt, wären solche Planungen und Übungen durchgeführt worden (die die Fukushima-Katastrophe rechtzeitig hätten eindämmen und verhindern können), wäre dies vom Atomkartell („Atomdorf“) von LDP-Regierung, Herstellern und Energiebetreibern als Eingeständnis gewertet worden, dass es solche undenkbaren und unmöglichen Unfälle tatsächlich geben könnte. Deshalb unterblieben sie mit japanischer Gründlichkeit auch nach dem Bau von 54 AKWs während 40 Jahren.

Die gleiche Sorglosigkeit beim Design von Fukushima Daiichi (I) und Daini (II): Die massive Zusammenballung von insgesamt zehn Reaktoren unterschiedlichen Typs, einschließlich eines mit einer Plutoniummischung betriebenen, und Fabrikate (General Electric, Toshiba, Hitachi), und der kaum gesicherten elf Abklingbecken für hunderte verbrauchte Brennelemente, denn auf eine Endlagerung für die nächsten 100.000 Jahre hat man sich in Japan noch nicht einigen können. Und schließlich die Hauptsünde: die Notstromaggregate, die, in einem Untergeschoss untergebracht, sogleich geflutet wurden und dauerhaft ausfielen. Mit dem Ausfall der Kühlsysteme war die Kernschmelze eigentlich vorprogrammiert.

Kan beschreibt, nur in seinem Kopf hätte er sich die dann notwendige Massenevakuierung des Großraumes Tokio und Tohoku vorstellen können: 30 bis 50 Millionen

Menschen binnen weniger Tage dauerhaft nach Südjapan zu transportieren. Das wäre das Ende Japans angesichts des Ausmaßes der menschlichen und wirtschaftlichen Katastrophe gewesen. Dabei geht er auf die langfristige Unbewohnbarkeit der Hälfte Honshus und die weltwirtschaftlichen Folgen nach der Enthauptung der japanischen Finanz- und Exportindustrie, die alle ihre Entscheidungszentralen in Tokio konzentriert haben, nicht einmal ein. Doch wird ein solcher Evakuierungsplan, auch als alles auf Messers Schneide steht, nicht entworfen: würde er bei Bekanntwerden doch nur Panik auslösen. Wiederum kann nicht sein, was nicht sein darf.

Das tatsächliche Katastrophenmanagement verlief dann absehbar chaotisch. Vom Erdbeben am 11.3. wurde Kan bei einer Ausschusssitzung des Oberhauses überrascht, bei der er – eine jene Albernheiten der japanischen Politik – stundenlang über die völlig bedeutungslose Spende eines „Ausländers“, eines in Japan gebürtigen Koreaners, gegrillt wurde. Zunächst stehen für ihn das Tohoku-Erdbeben und die Tsunamikatastrophe im Vordergrund. Erst später wird dramatisch klar, dass es auch in Fukushima Daiichi Probleme gibt. Doch der Betreiber TEPCO wiegelt ab. Er ist regionaler Elektrizitätsmonopolist, der mit dem Geschäftsmodell: Kosten (einschließlich jener für Werbung und politische Beziehungspflege) plus 3% Gewinn glänzend operiert. Sein Management pflegt eine Kultur der Geheimhaltung und ist mit Medien- und politischer Manipulation bestens vertraut, weniger allerdings mit den technischen Abläufen in AKWs, wie Kan bald feststellen muss. Auch bei der für Katastrophenfälle zuständigen Atomkontrollbehörde findet er auf den führenden Rängen nur Generalisten, ehemalige Beamte des Wirtschaftsministeriums (METI), die hier ihr gutbezahltes *amakudari* Ausgedinge gefunden haben und technisch ahnungslos sind. Auch im METI muss Kan lange suchen, bis er wirkliche Atomexperten findet. Er stellt schließlich seinen eigenen alternati-

ven Beraterstab aus den technischen Hochschulen zusammen.

Zuerst sollten Notstromaggregate per LKW an die Unglücksstelle. Sie bleiben im Stau der überlasteten, häufig teilzerstörten Straßen stecken, weil die Abstimmung zwischen TEPCO und der Polizei nicht klappt. Erst durch Vermittlung des Amtes des Premiers kommen sie durch. Doch vor Ort passen die Stecker und technischen Standards nicht. Als die Tokioer Feuerwehr, die die besten Geräte hat, ausrückt, ist in Iwaki niemand von TEPCO da, der die Transporte einweisen und anführen kann. Das örtlich vorgesehene Krisenzentrum von TEPCO liegt in der verstrahlten Zone. Weil alle Telefonleitungen tot sind, kann niemand mobilisiert werden. Es wird schließlich in die Stadt Fukushima verlegt, wo wenigstens die Präfekturverwaltung arbeitet und nützlich ist.

Als schließlich eine Wasserstoffexplosion der nächsten folgt, werden die AnwohnerInnen mechanisch im Radius von 3km, dann 10km und schließlich 20 km evakuiert. Dies unabhängig von der Windrichtung, die, für Tokio segensreich, stets von Südost nach Nordwest blies. So wurden viele Leute im Süden völlig unnötig evakuiert, und viele im Nordwesten erhielten ohne jede Warnung noch tagelang überhöhte Strahlungsdosen (was von Kan allerdings nicht thematisiert wird). Schließlich wird die Flutung durch Meerwasser eingeleitet. Auch kann dank gesprengter Dächer auch mit Militärhubschraubern Kühlwasser auf die Reaktoren und Abklingbecken, die auszutrocknen drohen, geworfen werden. Über 100.000 Soldaten wurden schließlich für die Katastrophe mobilisiert. Sie, die Feuerwehrleute, Polizisten und die TEPCO-Arbeiter vor Ort sind die eigentlichen Helden jenes Dramas, die das Schlimmste für Japan und die Welt in letzter Minute auch mit viel Glück (denn jedes größere Nachbeben hätte zur maximalen Kettenexplosion aller Reaktoren und Abklingbecken von Daiichi und Daini führen können) angesichts des Totalversa-

gens von Japans Ministerialbürokratie und des TEPCO Managements verhindert haben.

Kan besucht Fukushima während der Katastrophe, um sich angesichts des Informationsdefizits ein eigenes Bild zu machen, schließlich muss er ja auch die Entscheidungen treffen und verantworten. Normalerweise stört ein solcher Polit-Katastrophen-tourismus nur die Abläufe. Hier nicht. Er findet vor Ort alle Informationen, die er braucht (und in Tokio nicht erhält). Schließlich besucht er auch das Krisenzentrum von TEPCO, und siehe da: Auf Monitoren, nur 400 Meter und 15 Minuten Fußweg von seinem Büro entfernt, sieht er alle Daten und Vorgänge live, die seinem Amt nur nach Stunden Verspätung verzerrt und bürokratisiert geliefert wurden.

Als TEPCO dann die Situation in Fukushima für nicht länger kontrollierbar hielt und den Rückzug anordnen wollte, fällt Kan ihnen ins Wort und befiehlt das Ausharren: Denn bei einem normalen unkontrollierbaren Großfeuer oder einem Chemieunfall kann man sich zur Not zurückziehen, um das Feuer sich ausbrennen oder die Giftwolken sich verziehen lassen. Bei einer AKW-Havarie würde aber alles dank der Kettenreaktionen durch immer höhere Temperaturen und höhere Strahlungen nur noch schlimmer – ohne absehbares Ende.

In Anbetracht der grauenvollen Informationspolitik von TEPCO konnte auch jene viel kritisierte der Regierung nicht viel besser sein. Denn laut Kan könne man ja nicht Dinge behaupten, die einem der Betreiber vorenthalten habe...

Die Reaktion des Auslands kommt übrigens nur sehr am Rande vor. Hilfslieferungen, die Operation „Tomodachi“ der US-Armee, die Tsunamiopfer aus dem Pazifik fischte und als erste das Ausmaß der Verstrahlungen bekanntgab, sowie internationale Politiker-telefonate (aus Europa nur Sarkozy) werden höflich bedankt. Sonst nichts.

Kan unternahm einige schüchterne, vergebliche Versuche, eine überparteiliche Krisen-

regierung zu bilden, wurde aber dann im September 2011 nach nur 15 Monaten Amtszeit nach einer Palastrevolte von den eigenen Genossen gestürzt. Er hatte zuvor im Dezember 2010 mit der allzu ehrlichen Ankündigung einer nötigen Mehrwertsteuererhöhung die Oberhauswahlen verloren. Zumindest gelang es ihm in der verbleibenden Zeit noch, die wichtigsten Konsequenzen der Katastrophe, eine unabhängige AKW-Überwachung im Ministeriumsrank, die Überprüfung der japanischen Energiepolitik und einen Nachtragshaushalt für die Opfer und den Wiederaufbau auf den Weg zu bringen.

Kan hat sich seither vom bedingten Anhänger des Atomstroms („Übergangstechnologie“) zum unbedingten Gegner, der ihn für nicht länger beherrschbar, zu teuer, und bei Katastrophen im dicht besiedelten, erdbebenschütterten Japan für zu riskant hält, gewandelt. Dabei begrüßt er Frau Merkels welteinzigste Ausstiegsentscheidung. Wir erinnern uns: Zuerst fixierte Rot-Grün den Ausstieg auf 2036. Dann kassierte Schwarz-Gelb den Entscheid, um ihn kurz vor den BW-Landtagswahlen auf 2022 vorzuziehen. Die gebetsmühlenartige Begründung der Kanzlerin, wenn Japan als Hochtechnologie-land AKWs nicht meistern könne, seien sie wohl unsicher, ist im Lichte von Kans Darstellungen nicht nur im erdbeben- und tsunamifreien Deutschland kurzschlüssig. Japans Atomdorf hat in der Katastrophenvorbeugung („Design“), in der Planung und im Ablauf sträflich versagt. „Fukushima“, das steht fest, wäre als Katastrophe, ebenso wie bei allen anderen erdbebengeschädigten AKWs Honshus, völlig vermeidbar gewesen.

Albrecht Rothacher